

WINFRIED BAUMGART

ZUR AUSSENPOLITIK FRIEDRICH WILHELMS IV. 1840—1858

VORBEMERKUNG

Am 1. Dezember 1858 schrieb der preußische Diplomat Freiherr von Richtenhofen in einer für das Außenministerium angefertigten geheimen Denkschrift:¹ „Preußen wäre heute nicht das, was es ist, wenn Oestreich und Rußland nicht gerade in der Epoche des politischen Wachstums Preußens von der Türkei beschäftigt und im Zaume gehalten worden wären.“ Mit diesem Satz wird eine politische Lehre ausgesprochen, die zu dem Zeitpunkt, als sie zu Papier gebracht wurde, eine Selbstverständlichkeit war, heute aber längst aus unserem Bewußtsein gerückt ist: daß nämlich die orientalische Frage, die Frage der Fortexistenz des türkischen Reiches, die Beziehungen der europäischen Großmächte zueinander im 18. und noch mehr im 19. Jahrhundert gesteuert und reguliert hat.

In den folgenden Ausführungen soll verdeutlicht werden, daß die orientalische Frage für die preußische Außenpolitik der Zeit Friedrich Wilhelms IV. von zentraler Bedeutung war. Unberücksichtigt bleiben soll hier der Standort, der anderen Problemen für die damalige Außenpolitik zukommt, allen voran die schleswig-holsteinische und die Neuenburger Frage. Für unsere Zwecke sollen zwei Vorkommnisse beleuchtet werden, die auf den ersten Blick wenig miteinander gemeinsam zu haben scheinen, bei näherem Hinsehen aber nur zwei Facetten eines und desselben Bereichs sind, nämlich der orientalischen Frage. Diese Vorkommnisse sind die Gründung des preußisch-englischen Bistums Jerusalem im Jahre 1841 und der Krimkrieg 1853—1856. Das eine wurde vom König höchstpersönlich und mit größter Freude initiiert, das andere von ihm passiv und sehr schmerzhaft erduldet; das eine charakterisiert eine eigen-

* Vortrag, gehalten vor der „Historischen Kommission zu Berlin“ am 1. November 1986, ergänzt um die wichtigsten Belege.

¹ Zentrales Staatsarchiv [ZStA] der DDR Merseburg, Historische Abteilung II, 2.4.1.I, Nr. 7413, f. 215.

versucherischen Macht erlügen die Guten wie die Bösen, und so sei sie auch keineswegs nur das Werk der roten Demokraten und der Kommunisten. „Der Irrthum wäre schlimm. Jene Menschen der Hölle und des Todes können ja nur allein auf dem lebendigen Boden der Revolution wirken“.⁸⁸ Der „lebendige Boden der Revolution“, das waren für Friedrich Wilhelm IV. jene Verführten, die den „fremden Bösewichtern“ gefolgt waren, vielleicht auch jene, die — vorübergehend vom Glanz der neuen Werte geblendet — ihre alte Orientierung verloren und vor dem neuen Götzen „auf dem Bauche“ lagen. Mochte er dabei an sich selbst denken?

Jetzt aber, nach dem kampflosen Sieg über die Revolution in Preußen, war jede Unsicherheit verfliegen. „Ich stehe hoch genug über der Revolution, um sie zu überblicken, und die reinen wie die gräuelhaften Bestandteile ihres Stromes zu unterscheiden“.⁸⁹ Das Rätsel seiner Unterwerfung vom 18./19. März schien ihm gelöst: Das von Gott auferlegte Kreuz der Revolution habe er angenommen, sich „demütig gebeugt“.⁹⁰ Doch in den Stürmen der Märztage, „mitten im Strome des Verderbens“, habe ihn der „König der Könige gnädig gehalten“. So habe er wieder zur „aufrechten Stellung“ zurückgefunden und zur „Sprache des *Königssohnes*, des Königs ‚von Gottes Gnaden‘.“⁹¹

Für die Ideenwelt Friedrich Wilhelms IV. war mit dieser Deutung die Kontinuität zu den vormärzlichen Werten nahezu wiederhergestellt. Er hatte zu seiner inneren Wahrheit zurückgefunden, lag nicht mehr „auf dem Bauche“ vor der Revolution, sondern stand über den Besiegten in „aufrechter Stellung“, und mit Befriedigung konnte er von sich sagen, er sei „nun wieder ehrlich“.⁹² Das stabile Gleichgewicht seines wiedergewonnenen Gottesgnadentums hat ihn freilich den Ideen seiner Zeit noch weiter entfernt, als es schon seine Thronrede von 1847 erkennen ließ. Es bestand eine Diskrepanz zum System des Konstitutionalismus, die Friedrich Wilhelm IV. durch eine noch so forcierte Betonung seiner wiedergewonnenen inneren Sicherheit nicht hinwegreden konnte: „Das Leben mit der Verfassung sollte zu seiner Lebenslüge werden.“⁹³ Wie schmerzhaft diese Lüge in der Bürgerwelt empfunden wurde, zeigt das verzweifelte Wort, das Johann Jacoby seinem König nachrief: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“⁹⁴

⁸⁸ Brief an E. M. Arndt, 18. 3. 1849, in: Brandenburg (wie Anm. 82), S. 252.

⁸⁹ Brief an Hermann v. Beckerath, 30. 3. 1849, Brandenburg (wie Anm. 82), S. 253 f. (Haenchen datiert den Brief auf den 20. 3. 1849, Revolutionsbriefe [wie Anm. 73], S. 402).

⁹⁰ Revolutionsbriefe, S. 228.

⁹¹ Ebda, S. 402.

⁹² Valentin (wie Anm. 19), Bd. 2, S. 284 (Bericht Lerchenfelds vom 17. 11. 1848).

⁹³ Bußmann (wie Anm. 3), S. 161.

⁹⁴ Erinnerungen aus dem Leben von Hans Victor v. Unruh, hrsg. v. Heinrich v. Poschinger, Stuttgart 1895, S. 106.

tümliche Seite der Persönlichkeit des Königs, seine religiöse Schwarmgeisterei, das andere markiert eine Weichenstellung in der preußischen Außenpolitik des 19. Jahrhunderts.

DIE BISTUMSGRÜNDUNG IN JERUSALEM

Friedrich Wilhelm IV. kam 1840 just zu einem Zeitpunkt an die Regierung, als die orientalische Frage in eine neue Phase getreten war. In den dreißiger Jahren hatte sich der türkische Sultan eines internen Rivalen zu erwehren, des ägyptischen Vizekönigs Mehemet Ali, der seinen Herrschaftsbereich auf Palästina und Syrien ausgedehnt und sich die Gunst der europäischen Mächte dadurch verschafft hatte, daß er seine Stammlande und die eroberten Lande bereitwillig dem europäischen Einfluß öffnete. Diese Öffnung bewirkte auch die Wiederentdeckung und -belebung der Heiligen Stätten in Jerusalem und Bethlehem. Als der Sultan 1839/1840 sich mit englischer und österreichischer Hilfe des rebellischen Rivalen entledigt hatte, erwartete und forderte Europa als Preis für die Hilfeleistung, daß der Sultan die den europäischen Religionsgemeinschaften inzwischen gewährten Rechte und Möglichkeiten in Palästina nicht allein nicht wieder rückgängig machen, sondern verbriefen und erweitern würde.²

Für Friedrich Wilhelm IV. war diese politische Konstellation von 1840 ein Geschenk des Himmels. Er sah in ihr die einzigartige Gelegenheit, die evangelische Kirche im Heiligen Land neben den Orthodoxen und Lateinern, die dort schon säkulare Rechte besaßen, ebenbürtig zu etablieren. Ursprünglich hatte der König die Idee, den Türken die Heiligen Stätten ganz aus der Hand zu nehmen, sie zu internationalisieren und unter das gemeinsame Protektorat der fünf europäischen Großmächte zu stellen.³ Der wirklichkeitsfremde Vorschlag wurde aber von den anderen Mächten rasch abgelehnt. Friedrich Wilhelm schränkte seine Idee nun ein und hoffte, sie in einem bilateralen preußisch-englischen Rahmen, also nur mit Hilfe der zweiten protestantischen unter den europäischen Großmächten, zu verwirklichen. Er wollte jetzt zusammen mit der Anglikanischen Kirche ein gemeinsames evangelisches Bistum in Jerusalem

² Ausführlichste neuere Studien zum Thema: Joseph H a j j a r, *L'Europe et les destinées du Proche-Orient (1815—1848)*. [Tournai] (1970) = *Bibliothèque de l'histoire de l'Eglise*; Yehoshua B e n - A r i e h, *The Rediscovery of the Holy Land in the Nineteenth Century*. Jerusalem (1979, 2. Aufl. 1983).

³ Vgl., auch zum folgenden: Abdel-Raouf S i n n o, *Deutsche Interessen in Syrien und Palästina 1841—1898. Aktivitäten religiöser Institutionen, wirtschaftliche und politische Einflüsse*. (Berlin 1982), S. 19 (= *Studien zum modernen islamischen Orient* 3); ferner Alexander S c h ö l c h, *Europa und Palästina 1838—1917*, in: *Die Palästinafrage 1917—1948*, hrsg. v. Helmut M e j c h e r und Alexander S c h ö l c h. Paderborn (1981), S. 11—46.

gründen. Das Bemerkenswerte an dieser Idee ist, daß es zu diesem Zeitpunkt in Jerusalem oder in Palästina keinen einzigen deutschen evangelischen Christen gab, der hätte betreut werden können, daß also ein Bistum ohne Gläubige gegründet, es Ausgangspunkt für protestantische Missionierung werden sollte.

Kirchenpolitischer Hintergrund für die Bistumsidee im Vorderen Orient war die Vorstellung Friedrich Wilhelms, die Reformation Luthers zu vollenden, in Preußen die Landeskirche aus dem Summepiskopat, der Obergewalt des Staates zu entlassen, damit sie ihren apostolischen Auftrag unverfälschter erfüllen könne.⁴ Man kann sagen, daß ihm das Ziel einer preußischen Hochkirche nach anglikanischem Vorbild vorschwebte. Da er mit dieser Vorstellung in Preußen aber auf stärksten Widerstand stieß, glaubte er, ihr an externer Front, in Palästina, ein entscheidendes Stück näherzukommen.

Um die Idee der Bistumsgründung in die Praxis umzusetzen, galt es mehrere Vorbedingungen zu erfüllen: Der türkische Sultan mußte bewogen werden, die zu schaffende Protestantengemeinde als eigenständige Religionsgemeinschaft nach der Art schon bestehender christlicher Gruppen, also als Millet rechtlich anzuerkennen. Die Anerkennung konnte nur in Gemeinschaft mit der englischen Regierung erwirkt werden, da der erst keimhaft vorhandene preußische Einfluß allein dazu überhaupt nicht ausgereicht hätte. Schließlich galt es als praktische Anfangsmaßnahme, eine Bischofskirche in Jerusalem zu bauen.

Diese Aufgaben wurden tatsächlich nicht nacheinander, sondern stufenweise erfüllt und griffen ineinander über. Zur Vorbereitung der Schritte wurde zunächst einmal der Vertraute des Königs, der Legationsrat Freiherr von Bunsen, in Sondermission zu Verhandlungen mit der englischen Regierung und der Anglikanischen Kirche nach London geschickt. Die englische Regierung unter dem Premierminister Sir Robert Peel ging auf die Idee des preußischen Königs erstaunlich bereitwillig ein. Fragt man nach den Gründen dafür, so dürften sie anders als bei Friedrich Wilhelm eindeutig auf politischer, weniger auf kirchlicher Ebene liegen. England konnte eine Unterstützung in dem vorauszusehenden Konkurrenzkampf mit Rußland und Frankreich im Vorderen Orient nicht unerwünscht sein. Auch mußte die Frage, wer von den europäischen Großmächten in Palästina und Syrien den vorherrschenden Ein-

⁴ Vgl. dazu Ewald Schaper, Die geistespolitischen Voraussetzungen der Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms IV. von Preußen. Stuttgart 1938; Ernst Benz, Bischofsamt und apostolische Sukzession im deutschen Protestantismus. Stuttgart (1953); Kurt Schmidt-Clausen, Vorweggenommene Einheit. Die Gründung des Bistums Jerusalem im Jahre 1841. Berlin, Hamburg 1965 (= Arbeiten zur Geschichte und Theologie des Luthertums 15).

fluß haben würde, für die Sicherung des Weges nach Indien nicht unerheblich sein.⁵

Die englische Regierung erklärte sich einverstanden, die Stiftung der „London Jews Society“, die sich in den dreißiger Jahren in Palästina etabliert hatte und seit 1839 auf dem Berg Zion ein Grundstück mit einem Krankenhaus besaß, in ein Bistum der englischen Kirche umzuwandeln, an das sich die Kirche Preußens anschließen könne. Auf kirchlichem und kirchenrechtlichem Gebiet waren etwas größere Schwierigkeiten zu überwinden, die aber durch die Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelms und durch die zweitrangige Rolle, die er bei der Bistumsverwaltung spielen wollte, ebenfalls rasch abgebaut wurden. Die kirchlichen Verhandlungspartner auf englischer Seite, der Erzbischof von Canterbury und der Bischof von London, waren zu der gemeinsamen, also ökumenischen Bistumsgründung in Jerusalem grundsätzlich bereit. Einverständnis bestand darüber, daß die Besetzung des Bischofsstuhls alternieren sollte; der erste sollte ein anglikanischer, der zweite ein preußischer Bischof usw. sein und entsprechend von der englischen und der preußischen Krone ernannt werden. Die Weihe war stets vom Erzbischof von Canterbury vorzunehmen. Die Vorrangstellung der englischen Seite kommt noch dadurch zum Ausdruck, daß sich der Erzbischof bei der Bischofsernennung durch den preußischen König ein Vetorecht vorbehielt und die Rechtsstellung des Jerusalemer Bischofs so festgelegt war, daß er, ob Engländer oder Preuße, dem Erzbischof als seinem Metropoliten untergeordnet war. Der preußische Bischof mußte also vom Erzbischof ordiniert werden, um die für die Anglikanische Kirche wesentliche apostolische Sukzession herzustellen. Gerade in diesem Punkt wollte aber Friedrich Wilhelm IV. für seine eigenen kirchenpolitischen Reorganisationspläne ein Präjudiz schaffen, so daß ihm die Unterordnung leichtfiel. Die Schwierigkeit, daß ein preußischer Bischof dem englischen Monarchen als dem Oberhaupt der Anglikanischen Kirche den „Treu- und Suprematseid“ („Oath of Allegiance and Supremacy“) leisten mußte, wurde durch eine vom englischen Parlament Ende 1841 beschlossene Gesetzesänderung beseitigt.

Zu der Art und Weise, wie nun innerhalb des Bistums eine evangelische Gemeinde leben sollte, äußerte sich der Erzbischof von Canterbury in einem Schreiben an Friedrich Wilhelm IV. am 18. Juni 1842.⁶ Danach gehörte es zur

⁵ Vgl. dazu allgemein Abdul Latif Tibawi, *British Interests in Palestine. 1800—1901; A Study of Religious and Educational Enterprise.* (London) 1961; Ferner Mayir Vereté, *Why was a British Consulate Established in Jerusalem?* in: *The English Historical Review* 85 (1970), S. 316—345.

⁶ Text bei Benz (wie Anm. 4), S. 236—237.

Aufgabe des Bischofs, Gemeinden „des deutschen evangelischen Bekenntnisses“, die sich seiner Jurisdiktion unterstellten, unter seinen Schutz zu nehmen. Die in diesen Gemeinden zu praktizierende Liturgie sollte sich an der in Preußen üblichen orientieren und vom Erzbischof überprüft werden. Die Predigtamtskandidaten sollten vom König benannt, in Preußen geprüft und zum Predigtamt zugelassen sein, dann vom Bischof bei gleichzeitiger Anerkennung der 39 anglikanischen Glaubensartikel geweiht werden.

Wie wurde nun diese preußisch-englische Übereinkunft an Ort und Stelle in Jerusalem in die Wirklichkeit umgesetzt?

Zunächst einmal war es wichtig, daß der Sultan das preußisch-englische Vorhaben absegnete.⁷ Schon im September 1841 hatte er, noch unter dem frischen Eindruck der Gefahren, die seinem Reich durch den ägyptischen Vasallen gedroht hatten, der anglo-preußischen Bistumsgründung zugestimmt. Es war aber eine formlose Zustimmung, die sich in den folgenden Jahren, als die protestantische Missionsarbeit ihre ersten Früchte einbrachte, als ungenügend erwies. Ganz gegen die Erwartung der Jerusalemer Bistumsgründer war die Bekehrungsarbeit unter den Juden in Palästina praktisch erfolglos, dagegen kam es zu Konversionen aus den orthodoxen und armenischen Kirchengemeinden. Da die Konvertiten sich in einem rechtsfreien Raum befanden und allerlei Drangsalen ausgesetzt waren, forderten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre die preußische und die englische Regierung beim Sultan die förmliche Anerkennung der langsam wachsenden protestantischen Gemeinde als „Millet“ innerhalb des Osmanischen Reiches. Nach mehreren Schritten gab der Sultan dieser Forderung endlich am 24. Oktober 1850 durch einen feierlichen Firman nach. Zu diesem Zeitpunkt setzte sich die protestantische Gemeinde aus ungefähr 1000 Mitgliedern zusammen, von denen aber die allerwenigsten in Jerusalem lebten. In Konstantinopel gab es allein 400, die anderen befanden sich in den kleinasiatischen Provinzen, in Aleppo und Damaskus.⁸

Ein weiterer Schritt beim Aufbau des preußisch-englischen Bistums war der Bau eines Gotteshauses in Jerusalem. Auch hierzu hatte der Sultan 1841 seine Genehmigung erteilt. Der Bau verzögerte sich durch die üblichen türkischen Verschleppungsmanöver. Auf wiederholtes Drängen der preußischen und englischen diplomatischen Vertreter in Konstantinopel konnte der Kirchenbau ab

⁷ Wichtigste Quelle zu folgendem ist das englische Blaubuch unter dem Titel: *Correspondence Respecting the Condition of Protestants in Turkey. 1841—1851.* London 1851 (= Great Britain. House of Commons. Parliamentary Papers. Accounts and Papers. State Papers ... Session Febr. 4 to August 8, 1851. Vol. 57).

⁸ Ebd. S. 59—60, 88. — Der Firman ebd. S. 101—102.

1845 energisch weitergetrieben werden. Am 21. Januar 1849 wurde die „Christ Church“, unweit vom Jaffa-Tor gelegen, eingeweiht.⁹ Sie steht noch heute dort als anglikanische Kirche.

Der erste Jerusalemer Bischof, der zunächst ohne Kirchenbau und ohne Gläubige regieren mußte, war verabredungsgemäß ein englischer Kandidat. Er brachte Voraussetzungen mit, die ihn auch für den preußischen König genehm erscheinen lassen durften. Es war Professor Michael Salomon Alexander, der als preußischer Jude in Posen geboren, in England getauft und zum Anglikaner geworden war. Er ging im Januar 1842 mit dem erklärten Ziel nach Jerusalem, sich dort vor allem für die Judenmission einzusetzen. Da er schon 1845 starb, oblag es der preußischen Seite, einen Nachfolger zu ernennen. Die Wahl Friedrich Wilhelms fiel auf Samuel Gobat.¹⁰ Er stammte aus der französischen Schweiz, war auf einer Missionsschule in Basel ausgebildet worden und leitete zum Zeitpunkt seiner Berufung eine im Dienste der Anglikanischen Kirche stehende Missionsschule auf Malta. Gobat, dem eine lange Amtszeit vergönnt war (1846—1879), erkannte, daß die Bekehrung unter den Juden nicht sonderlich erfolversprechend war, und wandte sich daher der Missionsarbeit in den anderen christlichen Gemeinschaften zu. Wirkungsreich war auch seine Tätigkeit auf karitativem Gebiet. 1851 holte er die ersten Diakonissen, die aus Kaiserswerth kamen, ins Land, errichtete eine Mädchenschule und ein Krankenhaus auf dem Berg Zion und gründete ein preußisches Hospiz. Die Einrichtungen wurden aus dem „Jerusalem-Fonds“ finanziert, den Friedrich Wilhelm 1842 ins Leben gerufen hatte und der jährliche Kollekten in Preußen organisierte. 1853 wurde der „Jerusalem-Verein“ gegründet zur Unterstützung der deutsch-evangelischen Anstalten in Jerusalem.¹¹

Bei einer historischen Würdigung der preußisch-englischen Bistumsgründung ist auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen:

1. Die Initiative dazu ging von Friedrich Wilhelm IV. aus. Er fand einen eifrigen Befürworter und Betreiber in seinem Vertrauten, dem Theologen und Diplomaten Bunsen.
2. Mit der Gründung und Arbeit des Bistums war das kirchenpolitische Ziel des preußischen Königs, den Protestantismus im Heiligen Land zu etablieren, erreicht. Die von preußischen Theologen erhobene Kritik, die sich vor allem

⁹ William Henry Hechler, *The Jerusalem Bishopric*. London 1883, S. 52—59.

¹⁰ Über ihn zuletzt Alex Carmel, *Christen als Pioniere im Heiligen Land. Ein Beitrag zur Geschichte der Pilgermission und des Wiederaufbaus Palästinas im 19. Jahrhundert*. Basel 1981, S. 59—125 (= *Theologische Zeitschrift Sonderbd.* 10).

¹¹ Vgl. Siegfried Hanselmann, *Deutsche Evangelische Palästina mission. Handbuch ihrer Motive, Geschichte und Ergebnisse*. Erlangen (1971) (= *Erlanger Taschenbücher* 14).

gegen die schwache Stellung Preußens im Bistum wandte, war für Friedrich Wilhelm unerheblich. Er nahm die Juniorposition Preußens gerne hin. Unerreicht blieb für den König das Ziel, auf dem Umwege über das Jerusalem Bistum das Episkopalsystem in Preußen einzuführen.

3. Im Heiligen Land selbst bildeten die verschiedenen protestantischen Einrichtungen den Ausgangspunkt für den preußisch-deutschen Einfluß in Palästina und Syrien. Er wurde später unter Bismarck und Wilhelm II. ausgebaut.

4. Für die Geschichte Palästinas hat das anglo-preußische Bistum eine entscheidende Wende herbeigeführt. Es hat die Aktivität der katholischen wie auch der griechisch-orthodoxen Kirche gewaltig beflügelt. Zum erstenmal seit den Kreuzzügen setzte der Papst wieder einen lateinischen Patriarchen in Jerusalem ein. Frankreich unter Napoleon III. besann sich wieder auf seine Protektorenrolle für die Katholiken im Heiligen Land. Die russische Kirche ihrerseits schenkte ihrem Klerus und dessen Einrichtungen in Jerusalem erhöhte Aufmerksamkeit. Mit dem religiösen Wettstreit vermischte sich der politische, der die Geschichte Palästinas und des Osmanischen Reiches maßgeblich beeinflusste. Bald nach 1850 kam es zum sogenannten Mönchsgezänk an den Heiligen Stätten, das den Krimkrieg auslöste.

DER KRIMKRIEG

Die Neutralitätspolitik des Königs

Mit dieser Bemerkung ist schon die Brücke geschlagen zum zweiten Teil der Ausführungen, zur Haltung Friedrich Wilhelms in der orientalischen Krise von 1853—1856. Über den Ablauf des Krimkriegs und über die Stellung Preußens zu ihm in seinen einzelnen Phasen kann hier nichts gesagt werden. Durch die Forschungen von Kurt Borries und Franz Eckhart sind wir bereits darüber gut unterrichtet.¹² Die in anderthalb bis zwei Jahren zu erwartende Edition der preußischen Akten zur Geschichte des Krimkriegs wird noch weitere Aufschlüsse erbringen. Es soll hier neben der persönlichen Haltung des preußischen Königs zu diesem großen europäischen Konflikt auf einige markante systematische Faktoren der preußischen Außenpolitik dieser Jahre aufmerksam gemacht werden, deren Ursprung und Gestaltung auf den König, seine eigenartige Persönlichkeit und seinen Regierungsstil zurückzuführen sind.

¹² Kurt Borries, *Preußen im Krimkrieg (1853—1856)*. Stuttgart 1930. — Franz Eckhart, *Die deutsche Frage und der Krimkrieg*. Berlin, Königsberg 1931 (= Osteuropäische Forschungen, N.F. 9).

Schaut man sich die bisher vorliegenden preußischen Quellen zum Krimkrieg an, so gelangt man zu der recht eindeutigen fundamentalen Feststellung, daß die Neutralität, die Preußen durch die ganze Krise hindurch, wenn auch mit mancherlei Schwankungen und Windungen, bewahrte, des Königs eigene Politik war. Andere Möglichkeiten, für deren Durchsetzung es an den entsprechenden politischen Kräften und Versuchen nicht gefehlt hat, waren: Eintritt in den Krieg an der Seite Rußlands, des Partners der Heiligen Allianz; Eintritt in das Lager der anderen kriegführenden Partei, Englands, Frankreichs, Sardiniens und der Türkei. Die vierte Möglichkeit, eine Politik nach österreichischem Vorbild und mit Österreich zu führen, das heißt also den Kriegseintritt soweit wie möglich zu vermeiden, sich aber moralisch und politisch in das Lager der Westmächte zu begeben, hat zwar theoretisch bestanden, war aber angesichts des sich nach 1848 verschärfenden preußisch-österreichischen Dualismus praktisch undurchführbar, zumal niemand die eigentlichen Triebfedern der österreichischen Politik erkannt und durchschaut hat.

Als die russisch-türkische Krise im Frühjahr 1853 ausbrach und die europäischen Mächte dazu Stellung nehmen mußten, griff Friedrich Wilhelm auf eine Idee zurück, die ihm schon in der voraufgegangenen orientalischen Krise von 1839/1841 gekommen war: die christlichen Gebiete des türkischen Reiches unter ein gemeinsames europäisches Protektorat zu stellen. Im Grunde wäre es ihm am liebsten gewesen, wenn das Lebenslicht des „kranken Mannes am Bosphorus“ schon damals mit europäischer Nachhilfe ausgelöscht worden wäre. Denn er sah den ausbrechenden Konflikt doch auch, anders als die maßgebenden Politiker seiner Zeit, als religiöse und moralische Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam an und nicht bloß als Machtkampf unter den europäischen Mächten Rußland, Frankreich und England um ihre strategische Position an den türkischen Meerengen. So sprach er vom „Kreuzzug“,¹³ den Europa gegen die Türkei führen müsse; und er vertraute dem österreichischen Kaiser an, daß er den Tag erleben möchte, „wo der Halbmond vor dem Kreuze in den Staub sinkt“.¹⁴

Wichtig ist aber, hier schon darauf hinzuweisen, daß der König zwischen schwärmerischen Ideen und Wunschvorstellungen auf der einen und rationa-

¹³ Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen, 13. März 1854 b. Borries (wie Anm. 12), S. 367.

¹⁴ Akten zur Geschichte des Krimkriegs [künftig zit.: AGKK]. Serie I. Österreichische Akten zur Geschichte des Krimkriegs, hg. v. Winfried Baumgart. Bd. 1, bearb. v. Ana Maria Schöp So ler. München, Wien 1980, S. 251. — Der preußische Unterstaatssekretär Balan schrieb am 3. April 1853 in sein Tagebuch, „daß der König am liebsten den Sultan nach Asien relegieren möchte, um Otto von Griechenland nach Constantinopel zu versetzen. Bei einer eventuellen Teilung will er ‚keine Vergrößerung‘, sondern nur etwa das Protektorat über die Protestanten im Orient“. (ZStA, Rep. 92, Nachlaß Balan, Nr. 5, f. 5.)

lem, politischem Denken auf der anderen Seite sehr wohl zu unterscheiden wußte, obwohl in seinen zahlreichen eigenhändigen Briefen und Notizen das romantische Gedankengut das realpolitische in der Regel bis zur Unkenntlichkeit überwuchert und an den Rand drängt. Jedenfalls schrieb er im April 1853 an Bunsen in London, daß er bereit sei, zwischen einer Christenpflicht und einer „politischen Klugheits-Pflicht“ zu unterscheiden; und diese verbiete, „die Türkei aus Europa zu werfen, damit Europa nicht daher [...] neuen Erbstreit bekomme“.¹⁵

Der Protektoratsvorschlag, den der König sowohl in London als auch in St. Petersburg vorbrachte, wurde dort natürlich abgelehnt, da er seit 1840 um keinen Deut praktikabler geworden war. Als ihm Ende des Jahres aus London gemeldet wurde, England wolle die Christen in der Türkei emanzipieren, erklärte er sich sofort „mit Jauchzen“ bereit, sich einer solchen Politik anzuschließen, denn er sah als ihre letzte Konsequenz den Zerfall der europäischen Türkei, der mit seiner „Herzens-Meinung“, „von dem Rathschlusse Gottes über den Orient“ vollkommen übereinstimmte.¹⁶

Als im Frühjahr 1854 der türkisch-russische Krieg in einen großen europäischen Krieg hineinsteuerte, merkte auch Friedrich Wilhelm, daß es gar nicht um die religiöse Emanzipation der Christen im Osmanischen Reich ging, sondern um den politischen Machtkampf zwischen den beiden Weltrivalen England und Rußland. Da er von beiden Lagern gebieterisch gedrängt wurde, sich für die eine oder die andere Seite zu entscheiden, raffte er sich zu einem Entschluß auf, an dem er bis zum Ende des Krieges hartnäckig festhielt. „Preußen“, so formulierte er am 27. Februar 1854 in einer Direktive, „soll in Neutralität verharren [...] in neutralité souveraine. Preußens Neutralität soll wirklich unbeteiligt, nicht hierhin, nicht dorthin neigend seyn, aber selbständig u. selbstbewußt [...]. Nur, wenn es nöthig wird auch bewaffnet“.¹⁷ Es ist zu betonen, daß dieser folgenschwere Entschluß ein einsamer und eigenständiger Entschluß des Königs war, den er gegen vielfältigen Widerstand aus verschiedenen politischen Lagern in Berlin traf, auf die noch zurückzukommen ist.

Fragt man zunächst noch nach den Gründen, die für diese Entscheidung des Königs maßgebend waren, so liegen sie wiederum im Bereich sowohl moralischer als auch realpolitischer Überlegungen, wobei die ersteren in den Quellen dominieren. Immer wieder heißt es, daß der Krieg ein „ungerechter“, ein „scheußlicher“, ein „Verbrechen“ sei.¹⁸ Statt sich daran zu beteiligen, sah es

¹⁵ Leopold von Ranke, *Sämmtliche Werke*. Bd. 49/50. Leipzig 1887, S. 542.

¹⁶ Ebenda S. 547—48 (an Bunsen, 20. November 1853).

¹⁷ Promemoria Friedrich Wilhelms IV., 27. Februar 1854 b. Borries (wie Anm. 12), S. 352.

¹⁸ Vgl. z. B. Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen, 19. Dezember 1853 (ebda. S. 347); ders. an dens., 25. Februar 1854 (ebd. S. 351); ders. an von der Groeben, 8. März 1854 (ebd. S. 365).

der König als seinen Beruf an, zwischen den kriegführenden Lagern den Vermittler zu spielen. „Was zum Frieden führt“, schrieb er im August 1854,¹⁹ „da bin ich obenan dabey; denn ich halte dafür daß der Frieden ein Seegen, der Krieg aber ein Fluch ist.“ Friedrich Wilhelm war aber nicht nur aus abstrakten Gründen für Frieden und Vermittlung und gegen Krieg, sondern auch aus praktischen Gewissensbissen, die ihn plagten. *Mit* Rußland konnte er nicht gehen, weil es durch die Okkupation der Donaufürstentümer ein Unrecht begangen hatte. Und er ließ das den Zaren auch oft genug wissen. *Gegen* Rußland wollte er nicht eingreifen, weil das ein Kampf für Mohammed und gegen Christus wäre. Denn was taten die Westmächte anderes, als sie sich mit dem Sultan, dem Christenverfolger und Unterdrücker, einließen?

Zur rationalen Denkebene, die bei des Königs Entschluß zur Neutralität maßgebend war, stößt man vor, wenn man folgende Bemerkung liest, die Friedrich Wilhelm in einem Brief an Königin Victoria im Mai 1854 fallen ließ:²⁰ Er unterscheide stets „zwischen herzlich ergebener Politik“ — damit ist Gefühls- oder Gewissenspolitik gemeint — „und dem Dahingeben des Blutes meiner herzigen und treuen Landes-Kinder zum Besten einer fremden Politik“. Damit machte er klar, daß er die Vor- und Nachteile des Kriegsbeitritts oder des Beiseitestehens genau abzuwägen wußte; daß Preußen diejenige Macht war, die ein direktes Interesse an der orientalischen Frage nicht hatte, sondern nur ein indirektes.

So wie der Krimkrieg tatsächlich abgelaufen ist, kommt man nicht umhin, der königlichen Politik zu bescheinigen, daß die Gefahren des Parteiergreifens tatsächlich größer und unberechenbarer gewesen wären als die Vorteile. In dieser Hinsicht lautet das historische Urteil fast genauso wie im Falle der österreichischen Krimkriegspolitik, obwohl hier die gängige Auffassung ganz anders aussieht. Man behauptet nämlich allgemein, daß Österreich doch zum Kriegsbeitritt auf seiten der Westmächte gedrängt habe, um nach dem dann zu erwartenden Sieg über Rußland sich Vorteile in Südosteuropa, etwa die Annexion Serbiens oder der Donaufürstentümer, zu verschaffen; daß es darin aber durch die Neutralität Preußens, dessen es zur Bezwingung Rußlands bedurft hätte, gehindert worden sei. Aus den österreichischen Quellen geht nun hervor, daß Österreich nichts Schlimmeres als seinen Kriegseintritt und denjenigen Mitteleuropas gefürchtet hat, daß es um ein Zusammengehen mit Preußen warb, vor allem um mit umso größerem Gewicht seiner Friedenspolitik Geltung zu verschaffen. Die Gründe dafür können hier nur angedeutet

¹⁹ Zitiert ebda. S. 227.

²⁰ Ebda. S. 356.

werden:²¹ die Brüchigkeit und Verwundbarkeit der österreichischen Machtstruktur, die sich von den Erschütterungen der Revolution noch längst nicht erholt hatte; die Furcht vor einem Weltkrieg, der für Österreich erneut die Revolution und diesmal wohl den endgültigen Zusammenbruch gebracht hätte, nicht erst 1918.

Ganz analoge Gründe gelten nun auch für die etwaige Beteiligung Preußens am Krieg: Er wäre, wenn Mitteleuropa darin verwickelt worden wäre, nicht als Krimkrieg, also als auf die Peripherie Europas beschränkter Krieg, in die Geschichte eingegangen, sondern als der erste Weltkrieg. Das Hauptkriegstheater, das Österreich mit so kunstvollen Maßnahmen von der Donau auf die Krim verlagert hatte, wäre unversehens ins Zentrum Europas gerückt: an die Weichsel, an den Rhein und an den Po. Ohne die große mitteleuropäische Landbrücke konnten die beiden westeuropäischen Seemächte die östliche Landmacht militärisch nicht richtig fassen. Die Kriegführenden mußten sich, wie es der alte Metternich treffend charakterisierte, gegenseitig um die Ecke beschießen.²²

Man vergegenwärtige sich einen Augenblick folgende Alternative:

1. Preußen hätte dem Werben des Zaren um Beteiligung an seiner Seite nachgegeben. Dann hätte es die Hauptlast des Krieges gegen die französische Militärmacht zu tragen gehabt. Jena und Auerstedt hätten sich wahrscheinlich wiederholt. Die Gewinne des Wiener Kongresses hätten aufgegeben werden müssen. Wäre auch Österreich auf französischer Seite gewesen, wäre zudem Schlesien verlorengegangen. Napoleon III. hätte auch nicht gezögert, die Brandfackel der Revolution nach Deutschland zu schleudern. Damit drohte er immer wieder nicht nur Österreich, sondern auch Preußen. Überhaupt war ja sein eigentliches Ziel, das er mit dem Krimkrieg verfolgte, ein *Remaniement de la carte de l'Europe*, für das Österreich und Preußen in erster Linie die Zeche zu zahlen gehabt hätten.

2. Der andere Fall, Preußens Kriegseintritt auf seiten der Westmächte, hätte sich aller Wahrscheinlichkeit folgendermaßen entwickelt: Auch hier wäre auf Preußen wieder die Hauptlast des Krieges gefallen — das bringt nun einmal die geographische Position in der Mitte Europas mit sich. Bei einem doch wahr-

²¹ Vgl. ausführlicher Winfried Baumgart, Österreich und Preußen im Krimkrieg 1853—1856. Neue Forschungsergebnisse aufgrund der österreichischen Akten, in: Vorträge und Studien zur preußisch-deutschen Geschichte, hrsg. v. Oswald Hauser. Köln, Wien 1983, S. 45—70.

²² Brassier de St. Simon an Manteuffel, 3. November 1854, [Otto Freiherr von Manteuffel:] Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel, hrsg. v. Heinrich v. Poschinger. Bd. 2. Berlin 1902, S. 537.

scheinlichen Sieg der antirussischen Koalition — vor allem wenn ihr auch Österreich angehört hätte — hätte Preußen angesichts der französischen Übermacht auf dem Friedenskongreß kaum mehr als eine Statistenrolle gespielt. Napoleon hätte seine europäischen Umgestaltungspläne natürlich auch in diesem Falle durchgesetzt. Die Rheinlande wären französisch geworden. Preußen wäre mit östlichem Territorium, Russisch-Polen oder baltischem Gebiet, entschädigt worden und hätte dann im Frieden unter dem Druck des auf Revanche bedachten russischen Kolosses leben müssen.

Die bisher veröffentlichten preußischen Quellen bestätigen, wenn auch an ganz wenigen Stellen, daß auf preußischer Seite derartige Befürchtungen gehegt worden sind. Nur zwei Belege sollen hier angeführt werden. Das Revolutionsmotiv wird in einem Privatbrief, den Manteuffel an seinen Botschafter in Wien am 1. Dezember 1853 richtete, deutlich angeschlagen:²³ „Ein solcher Kampf müßte aber um so mehr für uns und besonders für Oestreich ein Kampf um Leben und Tod sein, insofern wir ihn [...] nicht bloß mit regelmäßigen stehenden Heeren, sondern mit bewaffneten und aufrührerischen Bevölkerungen zugleich zu führen hätten. Dazu käme, daß wir in der Wiederbelebung der Tripel-Alliance keine hinreichende Hülfe zumal gegen solche und so große vereinigte Kriegsmächte finden würden, insofern die Streitkräfte Rußlands durch seinen gleichzeitigen Kampf in der Türkei zersplittert wären und Oestreich sicherlich zur Behauptung der Ruhe im eigenen Hause einen gut Theil seiner Heeresmacht nothwendig hätte, so wie bei uns der ähnliche Fall in Ansehung des südwestlichen Deutschlands eintreten könnte.“ Das strategisch-politische Motiv kommt in einer Aufzeichnung Friedrich Wilhelms von Anfang März 1854 zum Ausdruck:²⁴ „Durch sein ostensibles Nicht Beytreten zur Coalizion [der Westmächte] verhindert [Preußen], daß das Kriegstheater der russischen Streit Kräfte [...] sich von den Donau Gegenden, von Georgien und Armenien gegen die Weichsel wenden u. das jetzige Kriegstheater zur reinen Nebensache werde.“

Auf Grund des bisher Gesagten muß man das positive Urteil der Historie über die preußische Neutralitätspolitik, und das heißt über des Königs Politik, im Krimkrieg bestätigen: daß Preußen nämlich durch sein objektiv Rußland begünstigendes Verhalten in den Jahren 1853—1856 die unerläßliche Vorbedingung für den politischen Erfolg der Kriege von 1866 und 1870/1871 geschaffen hat. Man muß aber mit Ranke sogleich hinzufügen, daß dies weniger das Verdienst des preußischen Königs, der mit prophetischem Weitblick an die deutsche Einigung gedacht habe, sondern eher die Gunst der historischen

²³ Ebenda S. 190.

²⁴ Zitiert bei Borries (wie Anm. 12) S. 353.

Umstände gewesen ist.²⁵ Wenn man diesen Gedanken anhand der heute verfügbaren Quellen etwas weiter ausführt, muß man zunächst die Frage stellen: Wie hätte sich die Position Preußens entwickelt, wenn der Zar das österreichische Ultimatum am 16. Januar 1856 nicht angenommen hätte, wie England es hoffte und Österreich fürchtete; wenn der Krieg also fortgesetzt worden wäre? Die Antwort ist einfach: Friedrich Wilhelm hätte seine Neutralitätspolitik nicht mehr durchhalten können und wäre in den Krieg so oder so hineingezwungen worden. Am Ende hätte Preußen ein zweites Tilsit erlebt. Königgrätz und Sedan hätte es dann natürlich nicht gegeben.

Zu Beginn des Jahres 1856 hatten sich die preußisch-englischen Beziehungen bis zur Kriegsspannung verschärft. Die Gründe dafür lagen außer in dem Ärger über die politische Neutralität Preußens, die den Handlungsspielraum der Westmächte gegenüber Rußland entscheidend eingeschränkt hatte, in folgenden Vorkommnissen: England hatte auf preußischem und deutschem Boden verbotener Weise Soldaten für seine Fremdenlegion geworben; in die Werbeaktionen waren sogar amtliche englische Stellen verwickelt, so der englische Konsul in Köln. Soweit die preußischen Behörden der Werbeagenten habhaft wurden, gingen sie gegen sie mit der Härte des Gesetzes vor. Ein seit noch längerem sich anhäufendes Konfliktpotential war die Waffen- und Munitionsdurchfuhr durch Preußen nach Rußland.²⁶ In englischen Augen lag darin eine klare Begünstigung des russischen Kriegsgegners. Da die preußische Regierung auf dutzendfache englische Beschwerden über diesen Waffentransit nichts Durchgreifendes unternommen hatte, suchte das englische Kabinett nach einer Gelegenheit, Preußen zur Entscheidung zum Kriegseintritt zu zwingen. Nach den politischen und militärischen Planungen der Alliierten²⁷ hätte sich der Kriegsschauplatz 1856 vom Schwarzen Meer in die Ostsee verlagert. Schweden war von den Westmächten praktisch schon als Kriegspartner gewonnen. Auf den englischen Werften wurde fieberhaft und in gewaltigem Ausmaß an Transport- und Kampfschiffen für eine Armada gearbeitet, die auf Kronstadt und Petersburg angesetzt werden sollte. Am 7. Januar 1856 wurde, wie aus noch unveröffentlichten englischen Quellen hervorgeht, im englischen Foreign Office eine unverhüllte Kriegsdrohung an die Berliner Adresse formu-

²⁵ Leopold von R a n k e , Sämtliche Werke. Bd. 51/52. Leipzig 1888, S. 472.

²⁶ Darüber werden die in Vorbereitung bzw. im Druck befindlichen Akten (AGKK Serie II und IV) nähere Aufschlüsse geben.

²⁷ Vgl. dazu Winfried B a u m g a r t , Ein Kriegsrat Napoleons III. Englisch-französische Feldzugspläne gegen Rußland 1855/56. In: Festschrift für Eberhard Kessel zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Heinz D u c h h a r d t u. Manfred S c h l e n k e . München 1982, S. 212—235.

liert, in der es unter anderem hieß:²⁸ „*The enormous facilities afforded by the Prussian Government to Russia for carrying on the war made it no longer doubtful that Prussia was cooperating with Russia against the Western Powers and Baron Manteuffel will accordingly not be surprised to learn that the neutrality which Prussia for a time maintained is now considered by HMG to be at an end.*“

Auch Napoleon stieß in jenen Tagen Kriegsdrohungen gegen Preußen aus. Bei Fortführung des Kriegs hätte er Polen mit Sicherheit zum Gegenstand seiner Reorganisationspläne gemacht. In der französischen militärischen Führung war an der Jahreswende 1855/1856 ein baldiger Vorstoß in Richtung Rhein ein häufiges Gesprächsthema.²⁹ Aus diesen zum Teil unbekanntenen Quellenbelegen läßt sich unschwer der Schluß ziehen, daß Friedrich Wilhelm IV. 1856 mit seiner Neutralitätspolitik in eine Sackgasse geraten wäre. Nicht politische Weisheit und Weitsicht, sondern die Gunst der Umstände, die List der Geschichte haben ihn davor bewahrt.

Zur Struktur der preußischen Außenpolitik

Die verfügbaren Quellen erlauben die sichere Feststellung, daß Friedrich Wilhelm IV. nicht nur den allgemeinen Kurs der preußischen Außenpolitik, sondern auch ihre Details bestimmt hat. Daß er sich um ihre Einzelheiten gekümmert hat, erklärt das hohe Maß an Unstetigkeit und Zerfahrenheit, das die preußische Krimkriegspolitik nach außen zeigt. Sie gleicht einer Magnetnadel, die zwar im Grunde eine feste Richtung anzeigt, auf die leisesten Beanspruchungen und Erschütterungen jedoch heftig nach links und rechts ausschlägt.

Fragt man nach den Mitteln, Wegen und Institutionen, mit denen die preußische Außenpolitik betrieben wurde, so ist es schwierig, mit kurzen Worten ein exaktes Bild zu liefern, weil die Außenpolitik chaotisch und anarchisch vor sich ging. Dieses Durcheinander ist nicht zuletzt auf die komplizierte Persönlichkeitsstruktur des Königs zurückzuführen. Im folgenden sollen einige Bemerkungen gemacht werden zum Führungsstil oder, besser gesagt, Mangel an Führungsstil des Königs; zu den Institutionen, Parteiungen und Personen, die sich an der Formung der Außenpolitik beteiligten; zu den Sondermissionen des Königs in die Hauptstädte der vier übrigen Großmächte.

²⁸ AGKK. Serie IV. Englische Akten zur Geschichte des Krimkriegs. Bd. 4, bearb. v. Winfried Baumgart. Nr. 314 [im Druck].

²⁹ Baumgart, Kriegsrat (wie Anm. 27), S. 226—227.

Friedrich Wilhelm IV. dürfte für den Psychologen eine der interessantesten historischen Figuren sein. Es gibt noch einen Hohenzollern, mit dem er viele Eigenschaften gemeinsam hat: Wilhelm II. Friedrich Wilhelm war vom Gottesgnadentum des monarchischen Amtes fest überzeugt. Er war sicherlich tief religiös und betrachtete die Politik durch eine starke religiöse Brille. Die Maßstäbe, die er an die Politik anlegte, waren daher nicht oder nicht nur die Staatsräson, das Staatsinteresse, sondern die moralischen Kategorien von gut und böse. Gegenüber seinen Mitmenschen, zumal seinen politischen Beratern, verhielt er sich liebenswürdig und weich. Er wollte jedem gerecht werden und ließ sich von vielen Personen beeinflussen. Der Einfluß dieser Persönlichkeiten ging manchmal sehr weit, manchmal konnte der König ihnen aber entschlossen enge Grenzen ziehen, wenn sie ihm Gedanken vortrugen, die ihm unliebsam waren. In den Händen seiner zahlreichen Berater war er keineswegs das Wachs, das sich leicht formen ließ. Es läßt sich eher umgekehrt sagen, daß er seine Berater gegeneinander ausspielte und ihre gegensätzlichen Meinungen dadurch neutralisierte, so daß keiner einen dominierenden Einfluß über ihn auszuüben vermochte. Leopold v. Gerlach hat in dieser Hinsicht die Desorganisation der preußischen Politik „eine durch guten Willen moderierte Anarchie“ genannt.³⁰ Man könnte diese treffende Charakterisierung in die auf einen anderen Abschnitt der deutschen Geschichte angewandte Formel umsetzen und von „autoritär geführter Anarchie“ sprechen. Darin kommt sowohl das Chaotische als auch die Methode zum Ausdruck, die dieses Chaos schafft und dirigiert.

Das Bezeichnende an der Persönlichkeit des Königs ist, daß er eine Hamletnatur war und sich ihrer auch bewußt war, daß er überquellend gemüthhaft und träumerisch war, daß er aber diese Schwärmerei auch nur vorspielen konnte und sich dahinter durchaus auch Verstand und Berechnung verbargen. In dieser Hinsicht greift also die Charakteristik Rankes zu kurz, der einmal von der Politik des Königs gesagt hat, daß sie „aus keinerlei Art von Berechnung“ entsprungen sei.³¹ Eher ist dem österreichischen Diplomaten Georg Esterházy zuzustimmen, der im Februar 1856 seinem Kollegen Rechberg schrieb:³² „Merkwürdig ist, daß es Leute giebt, [...] die sich noch immer durch die sog. ‚P i e t ä t‘ des Königs Friedrich Wilhelm IV. dupiren lassen, des vollendetsten Komödianten der Gegenwart und e i g e n t l i c h unseres giftigsten Gegners.“

³⁰ Zitiert bei Borries (wie Anm. 12), S. 393 Anm. 64.

³¹ Vgl. oben Anm. 25.

³² AGKK I (wie Anm. 14). Bd. 3, bearb. v. Winfried Baumgart. München, Wien 1979, S. 362.

Ein Mittel Friedrich Wilhelms, Außenpolitik zu treiben, war das Schreiben von Briefen, Notizen und Billetten. Der König korrespondierte mit zahlreichen Souveränen Deutschlands und Europas. Seinen Beratern und dem Außenministerium sandte er in der Regel mehrere kurze oder lange Aufzeichnungen täglich zu. Sie waren stets auf grünem Papier, in gestochenen Buchstaben und mit königsblauer Tinte geschrieben. In seinen Mitteilungen legte er sich keinerlei Schranken auf. Er vermischte Sachliches, Hochpolitisches und Allerpersönlichstes. Die Sprache ist geistreich, aber ungenau. Frappierende Wort- und Bildschöpfungen kommen häufig vor. Superlative, mehrfache Unterstreichungen und immer wieder viele Ausrufezeichen hintereinander zeugen von Gefühlsüberschwang. Die Rechtschreibung ist altertümelnd. Die Briefe an die Souveräne in den europäischen Hauptstädten schrieb er in der Regel eigenhändig, oft hinter dem Rücken seines Außenministers; manchmal schickte er Entwürfe ins Amt, die lediglich verbessert werden sollten. Mitunter ließ er sich auch Entwürfe aus dem Amt kommen, die bereits in seinem schwülstigen Stil geschrieben sein mußten und die er dann noch selbst anreicherte. Die Anredeformeln in den Briefen an seine Mitsouveräne liefern bereits eine Kostprobe seines Stils. „Mein allertheuerster Kayser“, schrieb er nach Wien, „Chérissime Nix“, „Mon très-cher et bien-aimé Sache“ nach St. Petersburg, „Theuerster Max Rex“ nach München usw. In den Briefen selbst bat er die allergnädigste Königin von England „fußfällig“, ihm zuzuhören; er flehte Kaiser Franz Joseph an, sich „adoriren“ zu lassen. Dem Zaren wollte er sich „schluchzend an seinen Hals hängen“.³³ Die Grenzen des Erhabenen und Lächerlichen lagen in solchen Schriftstücken oft eng beieinander.

Der Eindruck, den die königlichen Briefe auf die Adressaten machten, war oft peinlich. Man nahm den preußischen König, je mehr der Wortreichtum in seinen Briefen auf der einen und sein politisches Nichthandeln auf der anderen Seite auseinanderklafften, nicht recht ernst.³⁴ Die Antworten, die er erhielt, waren um viele Grade kühler und sachlicher, vor allem weil sie in anderen konstitutionellen Formen, selbst bei den Autokraten in Wien oder Paris, entstanden, nämlich durch die Hände der zuständigen Minister gingen, die sie

³³ Friedrich Wilhelm IV. an Königin Victoria, 10. Mai 1855 (ZStA, Hist. Abt. II, 2.4.1.I, Nr. 7480, f. 293). — Friedrich Wilhelm IV. an Arnim, 27. Februar 1855, Borries (wie Anm. 12), S. 382. — Friedrich Wilhelm IV. an Kaiserin Alexandra Feodorowna, 6. Juli 1854, Manteuffel (wie Anm. 22), II S. 457).

³⁴ Vgl. dazu folgende Tagebuchaufzeichnung Balans vom 17. Juni 1853: „Es ist doch eine völlig unwürdige Stellung für einen Minister, daß er solchen königlichen whim's nicht gleich entgegentritt, u daß sich also sowohl des Königs eigne Beamte, als mehr oder weniger die fremden Cabinette daran gewöhnen, die Ideen des Königs als Phantasien zu behandeln u praktisch als non avenues zu betrachten.“ (ZStA, Rep. 92, Nachlaß Balan, Nr. 5, f. 181.)

entweder entworfen oder zumindest mitformulierten.³⁵ Inhaltlich waren sie leer oder dürftig, weil man wußte, daß die Briefe in Berlin nicht im Schreibtisch des Königs verschwanden, sondern mit seinem oder ohne sein Wissen die Runde durch seinen Beraterkreis machten. Einer der preußischen Gesandten seufzte einmal in dieser Hinsicht:³⁶ „Sollte es [...] nicht möglich sein, dem Herumschleppen der Depeschen, die im königl. Zimmer wie Zeitungen aufliegen, an die übrigen Ministerien und an andere Personen gelangen, ein Ende zu bereiten und andere Einrichtungen zu treffen?“

Die außenpolitischen Berater des Königs

Der Beraterkreis des Königs war ein Konglomerat von Beratergruppen und von Einzelpersonen, die sich untereinander in ihrer Wirksamkeit paralyisierten. Eine der zentralen Figuren in diesem Kreis, der Generaladjutant Leopold v. Gerlach, stellte in seinem Tagebuch dazu folgende Frage:³⁷ „Ob es einmal einem Historiker, der Gerechtigkeit üben will, möglich sein wird, zu scheiden, was bei der Preußischen Politik der Jahre 1849—1855 von dem Könige, was von seinen Ministern, was von der an seinem Hofe wirkenden ‚kleinen aber mächtigen Partei‘ ausgegangen?“ Der schon genannte Georg Esterházy beschreibt das Führungsgemenge noch wesentlich drastischer:³⁸ „Bekanntlich giebt es in Berlin nicht e i n e n Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sondern mindestens d r e i oder v i e r. Der König treibt Politik mit dem Baron von Manteuffel, und auch o h n e i h n; der Minister benimmt sich gegen seinen Herrn in einer analogen Weise; General von Gerlach correspondiert seinerseits oft hinter dem Rücken jener beiden, bisweilen aber auch mit Vorwissen des Königs a l l e i n; Herr von Niebuhr schreibt nach St. Petersburg und dann von Potsdam nach Berlin an den Baron von Budberg; General von der Groeben soll noch bis vor kurzen [...] mit einem u n s e r e r militäri-

³⁵ Vgl. dazu folgende Tagebuchaufzeichnung Balans vom 25. Juli 1854: „Der Brief des Kaisers [Franz Joseph] an den König [...], den der Kaiser übrigens, wie alle solche Briefe, nur eigenhändig schreibt, sich aber machen läßt (wie es auch sein muß und leider bei uns *nicht* ist), ist sehr schön, würdig, fest und doch nicht schroff! Welch Gegensatz zu den mit selbstgemachten Worten und Superlativen überhäuftten Lucubrationen u Gefühlsergüssen des Königs! Man könnte weinen, wenn man dieses Preussen an dieser unzerstörbar elastischen Persönlichkeit sich so nach u nach zerreiben sieht.“ (Ebd., Nr. 11, f. 69.)

³⁶ Arnim an Manteuffel, 22. März 1855, M a n t e u f f e l (wie Anm. 22), Bd. 3, Berlin 1902, S. 81.

³⁷ [Leopold von G e r l a c h:] Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs. Nach seinen Aufzeichnungen, hrsg. v. seiner Tochter. Bd. 2. Berlin 1892, S. 298.

³⁸ An Buol, 16. November 1855, AGKK I,3 (wie Anm. 32), S. 115.

schen Sommitäten in politischem Briefwechsel gestanden haben! Daß durch eine derartige *Anarchie* [...] die Interessen des preußischen Dienstes empfindlich leiden, liegt auf der Hand.“³⁹

Im folgenden seien die verschiedenen Gruppen und Personen, die unter solchen Umständen Außenpolitik mitbetrieben, genannt und in ihren politischen Auffassungen kurz charakterisiert:

a. Zunächst gab es das Ministerium des Auswärtigen mit Ministerpräsident *Otto von Manteuffel* an der Spitze. Manteuffel war Bureaukrat. Er war der einzige Realpolitiker damals in Berlin, denn er sah die Außenpolitik als großes Rechenexempel an. Von seiner Persönlichkeit her war er das genaue Gegenteil des Königs, zu dessen Seele er wegen seiner Kühle und Sachlichkeit keinen Zugang fand. In der Umgebung Friedrich Wilhelms war er gewissermaßen der Stein, der den wenigsten Anstoß erregte, weil er kein außenpolitisches Glaubensbekenntnis und keine Vorurteile besaß. Er war daher auch nicht schuloder gruppenbildend. Selbst in den eigenen Reihen, im Ministerium und im diplomatischen Dienst, hatte er nur wenige Anhänger. Hatzfeldt in Paris und Bernstorff in London zählten dazu. Vor der russischen Macht hatte Manteuffel Furcht. Er hielt Rußland als „vorwärtsstrebende, im fortwährenden Umsichgreifen begriffene Macht,“⁴⁰ die auf der Mitte Europas laste. Auch England fürchtete er im Krimkrieg, wie seine häufigen Hinweise auf die Möglichkeit einer englischen Blockade, die über die preußischen Küsten und den Handel verhängt werden könnte, belegen. Zu Frankreich hätte er sich ein näheres Verhältnis gewünscht, um als Dritter einem erwarteten französisch-russischen Bündnis anzugehören. Man sieht, daß Manteuffel die Heilige Allianz als durch den Krimkrieg erledigt betrachtete. Nach dem Krieg hat er dann tatsächlich den Faden zu Frankreich und Rußland, vor allem in der orientalischen Frage, knüpfen können. Die Türkei war für ihn nichts weiter, „als eine künstliche politische Null.“⁴¹ In der orientalischen Frage bekannte er sich zu der *Maxime*, die dann für Bismarck das *Ceterum censeo* wurde: „Wir sind die einzigen von den fünf Mächten, welche direkt bei den orientalischen Angelegenheiten nicht beteiligt ist. Diese berühren uns nur insofern, als sie das Gleichgewicht der Mächte und den allgemeinen Frieden angehen.“

Ein Vorurteil hatte Manteuffel allerdings, und zwar gegenüber Österreich. Er teilte es mit dem König und mit vielen anderen preußischen Politikern. Er litt, soweit man bei seiner kühlen Natur überhaupt von „leiden“ sprechen

³⁹ Zitiert bei *Borries* (wie Anm. 12) S. 39.

⁴⁰ Manteuffel an Rochow, 22. Oktober 1853, *Manteuffel* (wie Anm. 22), II S. 160.

⁴¹ An *Bunsen*, 11. Juni 1853 (ebd. S. 90). — Das folgende Zitat in einem Brief an *Arnim*, 1. Dezember 1853 (ebd. S. 192).

kann, unter der Niederlage von Olmütz. Den Krimkrieg gedachte er dazu zu benutzen, die Schmach von Olmütz wieder auszumerzen. Deswegen war er daran interessiert, daß sich Österreich aus der Bindung zu Rußland löste, weil es dann auf neue Partnerschaft angewiesen war. Auf diese Weise würde Österreich genötigt, zum vormärzlichen Dualismus zurückzukehren, der gütliche Verständigung der beiden deutschen Mächte bedeutete und nicht das Über- und Unterordnungsverhältnis, wie es seit Schwarzenberg herrschte. Der Krimkrieg war also für Manteuffel die Gelegenheit, zwar nicht, um die Unionspolitik von 1850 wiederaufzunehmen, aber doch, um Terrain in Deutschland zu gewinnen. Die strenge Neutralitätspolitik Friedrich Wilhelms betrieb Manteuffel auf weite Strecken hin mit. Er wollte sie aber im Frühjahr 1854 verlassen und sich mit Österreich den Westmächten anlehnen. Hätte er dieses Ziel erreicht, wäre der Krimkrieg vielleicht gar nicht ausgebrochen. In der Folge hätte Preußen aber mit einem übelwollenden Rußland zu leben gehabt. So betrieb Manteuffel im weiteren Verlauf des Krieges eine Politik nach dem Rezept:⁴² „Recht still, aber recht fest und recht negativ.“ Es entsprach ganz seiner bürokratischen Natur.

b. Manteuffel zur Rechten bestand eine russophile, konservative Gruppierung, die sogenannte Kamarilla oder Kreuzzeitungs-Partei; zur Linken eine anglophile, liberal orientierte Gruppe, die sogenannte Bethmann-Hollweg- oder Wochenblatt-Partei. Beide sind von der Forschung schon gut aufgearbeitet,⁴³ so daß sich die Ausführungen darüber auf das Allernotwendigste beschränken können.

Der *Kamarilla* gehörten an erster Stelle der Generaladjutant Leopold v. Gerlach an, sodann unter anderen die Generäle Graf Dohna und v. d. Gröben, ferner der Flügeladjutant Oberst Edwin v. Manteuffel (Vetter des Ministerpräsidenten) und der Kabinettsrat Marcus Niebuhr, also Männer aus der nächsten Umgebung des Königs und Militärs. Haupt dieser „kleinen, aber mächtigen Partei“, des „ministère occulte“, war Leopold v. Gerlach. Er betrieb Außenpolitik allein nach christlichen Gesichtspunkten und Prinzipien. Dem-

⁴² Manteuffel an Bismarck, 26. Juni 1855, Otto Freiherr von Manteuffel, Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten, hrsg. v. Heinrich v. Poschinger. Bd. 3. 1854—1882. Berlin 1901, S. 38.

⁴³ Heinrich Kunau, Die Stellung der preußischen Konservativen zur äußeren Politik während des Krimkrieges (1853—1856). Halle 1914 (= Historische Studien 5); Walter Schmidt, Die Partei Bethmann-Hollweg und die Reaktion in Preußen 1850—1858. Berlin 1910; Reinhold Müller, Die Partei Bethmann-Hollweg und die orientalische Krise 1853—1856. Halle 1926 (= Hallische Forschungen zur neueren Geschichte 5). — Michael Behnen, Das Preußische Wochenblatt (1851—1861). Nationalkonservative Publizistik gegen Ständestaat und Polizeistaat. Göttingen usw. (1971) (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 43).

entsprechend trat er im Krimkrieg für die Erhaltung der Heiligen Allianz ein. Das Buhlen um das napoleonische Frankreich, den Hort des Liberalismus und der Revolution, war für ihn Sünde. In der orientalischen Frage vertrat er Anschauungen, die denen des Königs weitgehend entsprachen. Die türkischen Gebiete auf dem Balkan wollte er in einem christlichen Föderativstaat vereinigt und das griechische Kaisertum am Bosphorus wieder errichtet sehen. Mit dem Militärbevollmächtigten in St. Petersburg, dem Grafen Münster, stand er in regem Gedankenaustausch, der mit dem amtlichen Verkehr zwischen Berlin und Petersburg konkurrierte. Eine fast natürliche Folge dieses doppelten Drahtes war, daß sich der Ministerpräsident und der Generaladjutant des Königs gegenseitig bespitzelten und heimlich die Depeschen wegstahlen. Durch den sogenannten Potsdamer Depeschendiebstahl Ende 1855 wurde dieses Übel der Öffentlichkeit bekannt.

c. Der liberalkonservativen *Wochenblatt-Partei* gehörten neben ihrem Führer Bethmann-Hollweg die Diplomaten Bunsen, Usedom und Pourtalès an. Kronprinz Wilhelm stand zu ihr in engster Verbindung. Gegenüber der Kreuzzeitungs-Partei betonte sie die europäische Stellung Preußens. Wie Manteuffel wollte sie den Krimkrieg benutzen, um die Erniedrigung von Olmütz wieder rückgängig zu machen. Daher war sie bestrebt, Rußland und Österreich zu entzweien, Österreich zu isolieren und ihm den Rang in Deutschland abzulaufen. Für diesen Zweck suchte sie auch Rückhalt im Lager der Westmächte.

Im Frühjahr 1854, als sich Preußen vor die Entscheidung Krieg oder Frieden gestellt fand, sah sie ihre Stunde gekommen. Sie verpaßte indes die Gunst des Augenblicks durch das phantastische Verhalten Bunsens in London. Dieser hatte dort Anfang März, ohne dazu vom König autorisiert zu sein, Verhandlungen über einen Kriegsbeitritt Preußens angefangen und dabei Kompensationsforderungen für Preußen aufgestellt. Er bettete sie ein in einen grandiosen Plan zur Umgestaltung der europäischen Landkarte. Grundidee war, Rußland auf einen slawisch-asiatischen Staat zu reduzieren, ihm Finnland, Polen, Bessarabien, die Krim zu nehmen und damit Schweden, Preußen und Österreich zu vergrößern.

In der Forschung ist bisher nicht klar erkannt worden, daß dieser Remaniment-Plan keineswegs, wie etwa Borries sagt, „das jungfräuliche Erzeugnis Bunsenscher Staatsweisheit“ gewesen ist,⁴⁴ sondern sich letztlich auf Napoleon III. zurückführen läßt, der wiederum den englischen Minister Palmerston damit inspiriert hat.⁴⁵ Bunsen hat sich diesen Plan lediglich zu eigen gemacht

⁴⁴ Borries (wie Anm. 12) S. 109.

⁴⁵ Das wird in der demnächst erscheinenden Dissertation meines Schülers Martin S e n n e r

und ihn zu Gunsten Preußens modifiziert. Die große Torheit war, daß er darüber in Verhandlungen mit dem englischen Außenminister eintrat und das Ganze obendrein nach Berlin meldete. Friedrich Wilhelm mußte nun erkennen, zu welchen Folgen das Drängen Manteuffels zu vertraglichen Abmachungen mit den Westmächten in letzter Konsequenz führen mußte. Er bezeichnete Bunsens Aktivität gegenüber Königin Victoria als das „Werk eines Tollhäuslers“⁴⁶ und berief den Gesandten aus London ab. Die weitere Folge davon war die Entlassung des der Wochenblatt-Partei angehörenden Kriegsministers v. Bonin. Die Kaltstellung der Partei führte zu einem heftigen Brudérwist zwischen König und Kronprinz, der rasch Formen einer Staatskrise annahm und nur durch das Einlenken Wilhelms beigelegt werden konnte. Peter Rassow hat dazu die Quellen veröffentlicht.⁴⁷ Das Vorpreschen Bunsens hat Friedrich Wilhelm sicherlich in der Vorstellung bestätigt, in der Neutralität seines Landes den einzigen Rettungsanker vor dem Krieg und seinen unberechenbaren Folgen zu sehen. Für Manteuffel bedeutete das außenpolitische Tauziehen zwischen Wochenblatt- und Kreuzzeitungs-Partei, daß sich seine Gegenspieler gegenseitig neutralisierten und er seine stets gefährdete eigene Stellung über den Krimkrieg hinüberretten konnte.

d. Neben den behandelten Institutionen und Parteien gab es noch *Einzelpersonen*, die auf Friedrich Wilhelm IV. in der Außenpolitik einwirkten oder, genauer gesagt, die der König auf sich einwirken ließ. Hier wird eine psychologisch sehr merkwürdige Seite seines Führungsstils angesprochen. Es handelt sich in erster Linie um den Berliner Polizeipräsidenten und Leiter der politischen Polizei v. Hinckeldey und den Leiter der Berliner Taubstummenanstalt Saegert.

Hinckeldey besaß Immediatstellung beim König und trug ihm täglich Polizeiberichte vor. Er überwachte mit gleicher Skrupellosigkeit sowohl die radikale Linke im preußischen Staat wie auch die Rechte. So ließ er mehrfach die Kreuzzeitung beschlagnahmen. Der König forderte von ihm Ratschläge auch in der Außenpolitik an. Einzelheiten sind bisher noch nicht bekannt, weil entsprechende Quellen im Königlichen Hausarchiv noch nicht gefunden werden konnten. Bekannt ist jedenfalls, daß sich *Hinckeldey* nicht scheute, die

herausgearbeitet: Die Donaufürstentümer als Tauschobjekt für die österreichischen Besitzungen in Italien (1853—1866). Diss. phil. Mainz 1986.

⁴⁶ In einem Brief vom 24. Mai 1854, Borries (wie Anm. 12), S. 356.

⁴⁷ Peter Rassow, Der Konflikt König Friedrich Wilhelms IV. mit dem Prinzen von Preußen im Jahr 1854. Eine preußische Staatskrise. Wiesbaden (1961) (= Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse. Jg. 1960. Nr. 9).

preußischen diplomatischen Vertreter im Ausland zu überwachen. Die in der Forschung immer wieder aufgestellte Behauptung,⁴⁸ daß er der Drahtzieher des Potsdamer Depeschendiebstahls gewesen sei, dürfte nicht zutreffen. Aus dem bislang unbekanntem Protokoll der Vernehmung des Depeschendiebs, eines gewissen Techen, geht vielmehr hervor, daß Manteuffel der Initiator der Affäre war.⁴⁹ Dieser hatte Techen beauftragt, den Briefverkehr der Gebrüder Gerlach und des Kabinettsrats Niebuhr, also Mitglieder der nächsten Umgebung des Königs, zu überwachen, um sich Material über das gegen ihn gerichtete Treiben der Kreuzzeitungspartei zu verschaffen. Mit Hilfe der Diener des Generaladjutanten und des Kabinettssekretärs bekam er Abschriften von Brieforiginalen zugespielt. Da Techen von Manteuffel offenbar sehr karg entlohnt wurde, bot er seine Dienste auch Hinckeldey und der französischen Gesandtschaft in Berlin an. Dieser wie dem Ministerpräsidenten fiel auf diese Weise der Briefverkehr zwischen Gerlach und dem Obersten Münster in St. Petersburg in die Hände. Die französische Regierung erhielt dadurch wertvolle Hinweise aus der nächsten Umgebung des Zaren.

Bei dem Verhältnis zwischen dem König und *Saegert* befindet sich die Forschung dank einer Studie von Hans-Joachim Schoeps auf sicherem Boden.⁵⁰ Während der Krimkriegszeit hat diese Kreatur — ihn einen Rasputin zu nennen, würde wohl zu weit führen — einen beinahe dämonischen Einfluß auf den König ausgeübt. Schoeps spricht von „einer Art Hörigkeit“ Friedrich Wilhelms. Während der zahlreichen Krisenmomente des Krieges ließ er *Saegert* häufig aufs Schloß kommen oder schickte ihm seine grünen Zettel und Billette zu, auf denen er zumeist vermerkte, daß *Saegert* sie verbrennen solle. Zum Glück für die Historie tat ihm der Taubstummenlehrer diesen Gefallen nicht. So liegen sie heute als Splitter des Königlichen Hausarchivs im Geheimen Preußischen Staatsarchiv, während das reichhaltige Hausarchiv selbst ja heute in Merseburg ist. Aus dem *Saegert*-Nachlaß geht hervor, daß nicht der König der Autor der Spezialmissionen Usedom nach London und Wedells nach Paris Anfang 1855 gewesen ist, sondern *Saegert*. Das Erschütternde ist, daß der König an den Erfolg dieser Missionen, die ihn in den westlichen Hauptstädten endgültig um seinen persönlichen und politischen Kredit brachten, selbst gar nicht glaubte, sondern sie sich von *Saegert* aufschwätzen ließ. Friedrich Wilhelms Hörigkeit diesem Mann gegenüber wird noch dadurch unterstrichen, daß *Saegert* nach dem vorauszusehenden Scheitern der Missio-

⁴⁸ Vgl. Ernst Rudolf H u b e r, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 3. Stuttgart (1963), S. 170.

⁴⁹ ZStA, Rep. 92, Nachlaß Usedom, B IV 25, f. 129—131.

⁵⁰ Hans-Joachim S c h o e p s, Der Weg ins deutsche Kaiserreich. Berlin (1970), S. 12—55.

nen soviel Schamgefühl besaß, sich mit ferneren Ratschlägen an den König zurückzuhalten, sich im Schloß nicht mehr blicken ließ und sich nur noch um seine Taubstummen kümmerte, obwohl ihn der König aufforderte, „das Freundesband“ nicht zu zerreißen.⁵¹

e. Zum Schluß sei noch ein kurzes Wort zu den *Sondermissionen* gesagt, mit denen der König je länger, je mehr zum Gespött Europas wurde. Äußerer Anlaß für die zahlreichen Sondergesandtschaften, die natürlich in ihrer Häufung die amtliche Außenpolitik durchkreuzten oder lahmlegten, waren in der Regel die Briefe Friedrich Wilhelms an die anderen gekrönten Häupter. Über ihre Briefträgerfunktion hinaus wurde den Gesandtschaften stets auch ein politischer Auftrag mitgegeben, der von Manteuffel, wenn er überhaupt von ihnen im vorhinein erfuhr, meist nicht gebilligt wurde, aber akzeptiert werden mußte. In Wien oder St. Petersburg sollten die Spezialemissäre das dortige politische Terrain sondieren, den Briefinhalt erläutern und dem König Nachrichten aus erster Hand übermitteln. In Paris und London sollten sie den Weg freimachen beziehungsweise freikaufen, auf dem Preußen bereit gewesen wäre, sich diplomatisch — nicht militärisch — den Westmächten anzuschließen. Borries hat über diese Sondermissionen ausführlich berichtet. Es wird in seinem Buch aber nicht deutlich, daß bei den wichtigsten Missionen die Urheberschaft gar nicht beim König lag, sondern bei irgendeinem seiner Berater. Die Usedom-Wedell-Mission geht, wie gesagt, auf Saegert zurück. Weniger der Inhalt des Auftrags als vielmehr das Auftreten der beiden, das hier nicht geschildert werden kann, verursachte sein Scheitern. Auch die Personenwahl war höchst unglücklich. Wedell, Gouverneur der Festung Luxemburg, verstand vom diplomatischen Geschäft überhaupt nichts. Sowohl Napoleon als auch Drouyn de Lhuys, der französische Außenminister, machten sich über ihn lustig.⁵² Trotzdem hielten sich beide Emissäre monatelang in den westlichen Hauptstädten auf. Drouyn rang die Hände ob der Begriffsstutzigkeit des Generals. Usedom meinte sogleich bei seinem ersten Besuch im Foreign Office, daß der preußische Gesandte, Graf Bernstorff, gegen ihn intrigiere. Der Mißerfolg beider veranlaßte sie zu einem Beschwerde- und Denkschriftenkrieg gegen Manteuffel, dem sie am Schluß sogar eine Duellforderung zuschicken wollten. Manteuffel mußte sich nicht nur rechtfertigen, sondern es sich gefallen lassen, seine außenpolitische Tätigkeit von der Hinckeldey-Behörde — und zwar vom Polizeidirektor Stieber — ausforschen zu lassen. Das Ende der unerquicklichen Auseinandersetzung kam erst 1857, als sich der König endlich vor Man-

⁵¹ Ebenda S. 50.

⁵² Vgl. Borries (wie Anm. 12) S. 268; AGKK I, (wie Anm. 14), Bd. 2, hg. v. Werner Zürrer, München, Wien 1980, S. 749.

teuffel stellte und die beiden Beschwerdeführer mit Ordensauszeichnungen beruhigte.

Eine der Wedell-Usedom-Gesandtschaft um ein Jahr vorausgegangene Mission war die Pourtalès-Mission nach London. Auch sie ging nicht auf den König zurück, sondern auf Bunsen.⁵³ Aus den politischen Aufträgen, die Friedrich Wilhelm aber dem Sondergesandten mitgab, geht wieder einmal hervor, daß der preußische König hinter den im Vordergrund stets sichtbaren religiösen und moralischen Interessen — Pourtalès sollte das englische Projekt der Emanzipation der Christen in der Türkei beraten — sehr handfeste, klar berechnete politische Ziele verfolgte. England sollte nämlich für den Übertritt Preußens ins westmächtlchte Lager die Integrität des preußischen Gebietes garantieren, sodann zustimmen, daß Preußen die Unionspolitik von 1849 in Norddeutschland wiederaufnehme, und schließlich dem König sein „liebes treues, unter die Füße der Gottlosen getretenes Ländchen am Jura“, nämlich Neuenburg,⁵⁴ wiederverschaffen. Angesichts solcher Forderungen war auch die Pourtalès-Mission von vornherein zum Scheitern verurteilt.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Bedeutung, welche die orientalische Frage für die Außenpolitik Friedrich Wilhelms IV. hatte, läßt sich zu Beginn seiner Regierungszeit an der Gründung des anglo-preußischen Bistums Jerusalem und am Ende am Krimkrieg zeigen. Die Bistumserrichtung geht auf die Initiative des preußischen Königs zurück. Er verfolgte damit einmal das Ziel, durch die Gunst des Augenblicks den protestantischen Einfluß im Heiligen Land einzupflanzen. Damit schwamm Friedrich Wilhelm auf dem damals anschwellenden Strom der pietistischen Erweckungsbewegung. Ein weiteres Ziel war, auf einem Umwege ein kirchenpolitisches Reformprogramm im eigenen Lande in Gang zu setzen, den „christlichen Staat“ zu schaffen, das Gottesreich auf Erden zu bauen, die beiden protestantischen Kirchen zu vollkommener Einheit zu führen.

Der Krimkrieg stellte die preußische Regierung gebieterisch vor die Entscheidung, sich am Krieg zu beteiligen oder neutral zu bleiben. Auf Friedrich Wilhelm persönlich ist es zurückzuführen, daß er sich für die zweite Alternative, und zwar schon recht früh, einige Wochen vor Kriegsausbruch, entschied und an dieser Entscheidung trotz stärkster Pressionen festhielt. Die preußi-

⁵³ Manteuffel an Hatzfeldt, 8. Januar 1854, Manteuffel (wie Anm. 22), II S. 262.

⁵⁴ Friedrich Wilhelm IV. an Bunsen, 9. Januar 1854 (ebd. S. 268).

sche Krimkriegspolitik macht deutlich, daß der König die Außenpolitik bestimmte und führte. Verhängnisvoll war, daß er sich nicht mit der allgemeinen Kursfestsetzung begnügte, sondern sich auch um die täglichen Kursschwankungen kümmerte. Die dafür eingesetzten Instrumente waren eigenhändige Briefe an europäische Souveräne und an zahlreiche Personen in den unterschiedlichsten Beraterkreisen sowie die vielen Sondermissionen in die europäischen Hauptstädte. In ihren Einzelheiten bietet die preußische Außenpolitik während des Krimkriegs das Bild einer chaotischen Entwicklung, die vom König geduldet und zum Teil absichtlich gefördert wurde. Die konstitutionelle Behörde des Außenministeriums betrieb die amtliche Politik. Ihr Leiter Manteuffel war im großen und ganzen mit der königlichen Neutralitätspolitik einverstanden, obwohl er im Innern stärker zu den Westmächten neigte. Die russophile Kreuzzeitungs- und die anglophile Wochenblatt-Partei paralyisierten sich gegenseitig. Neben ihnen trieben auch unberufene Einzelpersonen wie Hinckeldey und Saegert ihr trübes außenpolitisches Spiel. Zwar hat Friedrich Wilhelms Neutralitätspolitik de facto unerläßliche Vorbedingungen für die preußisch-deutsche Einheit geschaffen. Wäre der Krimkrieg im Jahr 1856 fortgesetzt worden, wäre Preußen ins Kriegsgeschehen notwendigerweise verwickelt worden. An seinem Ende hätte es mit starken Blessuren dagestanden. Dieser Zusammenhang ist aber auf die Gunst der Umstände zurückzuführen, nicht auf das politische Geschick und die Weitsicht des Königs.